

Antrag 190/I/2019**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für ein faires europäisches Leistungsschutzrecht!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
2 rung werden aufgefordert, bei der Neuregelung eines eu-
3 ropaweiten Urheber- und Leistungsschutzrechts auf ei-
4 nen fairen Ausgleich zwischen den Kreativen, Nutzer*in-
5 nen sowie Online-Plattformen hinzuwirken.

6

7 Dazu gehört:

8 1. Faire Vergütung: Die Online-Verwertung von ur-
9 heberrechtlich geschütztem Eigentum muss ange-
10 messen vergütet werden.

11 2. Mehr Transparenz: Urheber*innen sowie ausübende
12 Künstlerinnen und Künstler sollen regelmäßig
13 (mindestens einmal jährlich) umfassend Informa-
14 tionen über die Verwertung ihrer Werke und Dar-
15 bietungen erhalten. Nur durch diese Kenntnis ist ge-
16 währleistet, dass sie ihre Rechte geltend machen
17 können.

18 3. Klauseln zur Vertragsanpassung: Wenn die ur-
19 sprünglich vereinbarte Vergütung im Vergleich zu
20 den späteren Einnahmen und Gewinnen aus der
21 Verwertung der Werke unverhältnismäßig niedrig
22 ist, besteht ein Anspruch auf eine zusätzliche ange-
23 messene und faire Vergütung.

24 4. Mechanismen zur Streitbeilegung: Künstler*innen
25 sollen über ihre Vertretungsorganisationen Unstim-
26 migkeiten mit den Online-Plattformen bei Transpa-
27 renz und Vertragsanpassung beilegen.

28 5. Widerrufsrecht zum Vorteil von Kreativen: Urhe-
29 ber*innen und ausübende Künstler*innen erhalten
30 das Recht einen bestehenden Verwertungsvertrag
31 zu widerrufen, wenn das Werk nicht verwertet oder
32 gegen die Transparenzpflichten verstoßen wird.

33 6. Offenlegung gleicher Konditionen: Die zwischen
34 Urheber*innen und Online-Plattformen geschlosse-
35 nen Vereinbarungen müssen für andere offenge-
36 legt werden, um über diese Transparenz einen fairen
37 Wettbewerb sicherzustellen.

38 7. Öffentlicher Auftrag: Einrichtungen der Bildung,
39 Forschung und Kultur, die einen öffentlichen Auf-
40 trag verfolgen, sollten von den Regelungen ausge-
41 nommen werden, da diese kein Verwertungsinter-
42 esse haben.

43 8. Private Nutzung: Nutzer*innen soll es möglich sein,
44 knappe und verhältnismäßige Zitate oder Auszüge
45 aus einem geschützten Werk normal zu nutzen. Die
46 legitimen Interessen der Urheber*innen dürfen da-
47 bei nicht unbillig verletzt werden.

48 9. Überschriften und Verlinkungen: Überschriften 1.
49 Grades dürfen weiterhin bei einer Verlinkung ange-
50 geben werden.

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: ASJ, FA III - Innen- und Rechtspolitik, Fo-
rum Netzpolitik (Konsens)**

51 10. Kleine und mittelständische Unternehmen: Die Re-
52 gelungen müssen die Anliegen kleiner und mittel-
53 ständischer Unternehmen in Bezug auf die Markt-
54 macht einzelner Online-Plattformen besonders be-
55 rücksichtigen.

56 11. Die in einer EU-Richtlinie verwendeten Definitio-
57 nen, Abgrenzungen und Ausnahmen müssen klar
58 und allgemeingültig sein.

59
60 Die im Rahmen der aktuellen EU-Urheberrechtsnovelle
61 ausverhandelten Artikel 11 und 13 werden diesem An-
62 spruch nicht gerecht. Wir unterstützen deshalb Katarina
63 Barley in ihrem Bemühen, diese Artikel im Dissens zu las-
64 sen und separat neu zu verhandeln.“

65

66

67 **Begründung**

68 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist von zentraler Be-
69 deutung für die wirtschaftliche Erholung in der Union.
70 Durch Innovationen können Ausstrahlungseffekte auf an-
71 dere Wirtschaftszweige ausgelöst werden. Die Kultur- und
72 Kreativwirtschaft stellt in Europa mehr als 12 Millionen
73 Vollzeit Arbeitsplätze, was einen Anteil von 7,5 % der Ar-
74 beitskräfte in der Union ausmacht, und trägt etwa 509
75 Mrd. EUR zur Wertschöpfung des BIP (entspricht 5,3 % des
76 EU-BIP) bei.

77

78 Der Schutz des Urheberrechts und der verwandten
79 Schutzrechte steht im Mittelpunkt der Einnahmen der
80 Kultur- und Kreativwirtschaft.

81 Es muss die Verbreitung von urheberrechtlich geschütz-
82 ten Inhalten im Internet, ohne dass Autoren und Autorin-
83 nen, Kreative und andere Urheber der Inhalte davon pro-
84 fitieren, verhindert werden. Online-Plattformen wie Face-
85 book und Google sind mit nationalen Gesetzen kaum zu
86 zähmen.

87

88 Die SPD setzt sich daher für einen fairen Ausgleich
89 zwischen den Kreativen, Nutzer*innen sowie Online-
90 Plattformen ein.